

NEIN zur extremen Volksinitiative «Grüne Wirtschaft»

Worum geht es

Die Initiative¹ «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» der Grünen Partei will in der Verfassung eine grüne Kreislaufwirtschaft festschreiben. Bis im Jahr 2050 muss die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch um mehr als zwei Drittel (–65 Prozent) reduzieren. Bund, Kantone und Gemeinden sind verpflichtet, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen.

Die Konsequenzen sind weitreichend und erzwingen einen abrupten Strukturwandel. Zur Debatte stehen namentlich: Konsum- oder Produktionsbeschränkungen (planwirtschaftliche Steuerung der Ressourcen) zahlreicher Güter, Umweltabgaben und neue Vorschriften. Im Vordergrund stehen dabei die Lebensbereiche «Ernährung», «Wohnen» und «Mobilität».

Löst Recycling das Problem?

Der Initiativtext verwendet das Konzept des «ökologischen Fussabdrucks», um die Umweltbelastung zu messen. Ein völliger Unsinn, denn das Konzept misst nur biologische Stoffflüsse und fossile Energieverbräuche. Recyceln Schweizer Unternehmen Metall, so wird das von diesem Konzept nicht erfasst.

Bundesrat warnt vor steigenden Preisen

Der Bundesrat warnt in der Botschaft ausdrücklich davor, dass sich die «Konsummöglichkeiten der Haushalte und die Handlungsspielräume der Unternehmen verringern».² Ebenso würden «die Preise für jene Güter und Dienstleistungen, die negative Externalitäten verursachen, stark steigen». Der Bundesrat untermauert damit, dass für die Zielerreichung sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Massnahmen³ notwendig sind, die unseren Lebensstandard bedrohen und ganze Unternehmen und Branchen gefährden.

Denkfehler der Initianten

Die Initiative zwingt dazu, den «ökologische Fussabdruck» auf 1 zu reduzieren. Dies entspricht einer Senkung des aktuellen Ressourcenverbrauchs um mindestens zwei Drittel. Gemäss Bundesrat ist aber bereits eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 40 Prozent nur mit äusserst einschneidenden Massnahmen möglich⁴. Folglich bleibt eine Lücke von rund 25 Prozent, die nicht via Effizienzmassnahmen eingespart werden kann (vgl. Grafik mittlere Spalte). Dies bedeutet: Notwendigkeit zum Verzicht. Ohne Zwangsmassnahmen, die den Konsum zahlreicher Produkte verringern, ist die Initiative nicht umsetzbar.

| VERZICHT AUF KONSUM & WOHLSTAND UNAUSWEICHLICH | | |
|----------------------------------------------------------------------|-----------------------|------------------------|
| | statische Perspektive | dynamische Perspektive |
| Reduktionsvorschrift durch Volksinitiative | – 65 Prozent | erheblich grösser |
| Energiesparmassnahmen (Halbierung des Energieverbrauchs u.a.m.) | – 20 Prozent | < 20 Prozent |
| Weitere Massnahmen (Landwirtschaft, Raumplanung, Waldpolitik u.a.m.) | – 20 Prozent | < 20 Prozent |
| Nicht erreichbar durch «Effizienzmassnahmen» | – 25 Prozent | erheblich grösser |

Quelle: Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF» des Bundesamts für Umwelt BAFU, Seite IV

Diese Lücke ist in Wahrheit noch grösser, denn die (Welt)Bevölkerung wächst bis 2050 weiter und die Wirtschaft entwickelt sich. Dadurch nimmt der Verbrauch an Energie und Rohstoffen weiter zu. Dies bedeutet jedoch, dass die «Belastbarkeit der Erde» pro Kopf weiter sinkt.⁵ Entsprechend erhöht sich der Reduktionsbedarf in der Schweiz (vgl. Grafik rechte Spalte).

Ausgeblendet wird ausserdem die Tatsache, dass über 60 Prozent der durch den Schweizer Konsum verursachten Umweltbelastung im Ausland anfällt. Das begrenzt die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz zusätzlich. **Der Bundesrat beurteilt daher das gesetzte Ziel als «kaum erreichbar» und die Initiative als «nicht umsetzbar».**⁶

¹ Initiativtext: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis402t.html>

² Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1840.

³ Die Botschaft deutet diese Konsequenzen an. Deutlicher ist die Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#), Bundesamt für Umwelt BAFU, 2013, Seite 44 ff.

⁴ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Ziffer IV

⁵ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 9 und 10

⁶ Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1818.

Sieben Argumente für ein NEIN

NEIN zur grünen Zwangs-Initiative

Die Initiative zwingt die Bürgerinnen und Bürger zur Änderung ihres gewohnten Lebensstils. Jede Schweizerin und jeder Schweizer muss sein Essverhalten ändern, seine eigene Mobilität einschränken und mit weniger Komfort wohnen. Konsumentinnen und Konsumenten werden bevormundet. Ihre Wahlfreiheit wird beschränkt.

NEIN zu höheren Preisen – NEIN zur Zweiklassengesellschaft

Neue lenkungsorientierte Umweltabgaben verteuern das Reisen, die Nahrungsmittel und die Mieten. Die Hochpreisinsel Schweiz wird zementiert, die Kaufkraft sinkt. Importierte Waren wie zum Beispiel Kaffee und Zitrusfrüchte, aber auch Ferien am Meer oder grosszügige Wohnungen werden für den Mittelstand unerschwinglich. Die Initiative führt zu einer neuen Zweiklassengesellschaft.

NEIN zur extremen Initiative

Eine Senkung des Ressourcenverbrauchs um mindestens 65 Prozent ist radikal und gemäss Bundesrat selbst mit innovativsten Technologien nicht zu erreichen. Die Folgen eines extremen Strukturwandels sind für die Gesellschaft und die Unternehmen unberechenbar, die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens.

NEIN zum internationalen Alleingang

Kein anderes Land kennt einen derart extremen Ansatz. Die wettbewerbsfeindliche Initiative schottet die Schweiz ab, schafft neue Handelshemmnisse und gefährdet Freihandelsabkommen.

NEIN zu mehr Staat – NEIN zur Entmachtung der Kantone

Die Initiative verschiebt kantonale Kompetenzen auf Bundesebene. Der Föderalismus wird geschwächt. Viele Vorschriften müssen neu geschaffen und von einem zusätzlichen Beamtenapparat kontrolliert werden.

NEIN zur Schwächung des Schweizer Werkplatzes

Neue Vorschriften und Verbote behindern Wettbewerb und Innovation, die Treiber unseres Wohlstands und des technologischen Fortschritts sind. Die ausgelöste Regulierungsflut führt zu einem grünen Käfig und gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze in der Schweiz.

NEIN zur grünen Illusion – JA zu Ressourceneffizienz

Schweizer Unternehmen sind weltweit führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Die Schweiz belegt in internationalen Nachhaltigkeitsrankings regelmässig Spitzenplätze und erreicht als Recycling-Musterschülerin mit einem privatwirtschaftlichen System Quoten, von denen eine EU nur träumen kann. Eine grüne Wirtschaft im Sinne der Initiative bleibt aber ein unrealistischer Traum, denn:

- Über 60 Prozent⁷ der Umweltbelastung des Schweizer Konsums fällt im Ausland an. Dadurch sind die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz von vornherein begrenzt.
- Das Kosten/Nutzenverhältnis pro nachhaltiger Investitionsmassnahme sinkt immer stärker. Zudem stossen die Ingenieure immer öfters an technische Grenzen (z.B. Wirkungsgrade).
- Eine vollständige Kreislaufwirtschaft ist ökonomisch und ökologisch betrachtet illusorisch. Recycling ist in einigen Fällen weder aus umweltpolitischen noch aus finanziellen Überlegungen sinnvoll.
- Die von Unternehmen laufend neu erzielten Effizienzfortschritte werden durch zusätzlichen Konsum oft wieder zunichte gemacht (Rebound-Effekt⁸).

Zielführender für eine ressourcenschonende Gesellschaft ist es, den Weg der Eigenverantwortung weiterzuverfolgen, statt auf Bevormundung und Planwirtschaft zu setzen. **Darum ist die Zwangs-Initiative der Grünen Partei am 25. September 2016 abzulehnen.**

Wir brauchen Sie!

**Auch ein kleines Zeichen kann Grosses bewirken.
Machen Sie mit! Tragen Sie sich jetzt ein:**

www.gruener-zwang.ch

Volksabstimmung «Grüne Wirtschaft» vom 25. September 2016



⁷ Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#): Grundlagenbericht zur Ressourceneffizienz und Rohstoffnutzung, Seite 13.

⁸ <http://www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/oekonomische-rechtliche-aspekte-der/rebound-effekte>